

Herrn Ministerpräsident
Stanislaw Tillich
Freistaat Sachsen
Sächsische Staatskanzlei
01095 Dresden

OFFENER BRIEF

„Sächsische Erklärung“ zur Fortsetzung der Energiewende in Sachsen, Bayern und Deutschland durch VEE-Sachsen

Dresden, den 11. Juli 2013

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wie zu erwarten war, wird die von Ihnen gemeinsam mit Bayerns Ministerpräsidenten Horst Seehofer eingereichte Bundesratsinitiative vom 5. Juli des Jahres von den unmittelbaren Profiteuren des Windkraftausbaus heftig angegriffen.

Ihr Eintreten für eine höhenbezogene Regelung bezüglich des Abstands von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung weckt in diesen Kreisen die Sorge um sichergeglaubte Einnahmequellen. Dies schürt Aggressionen, die sich in politischer Agitation niederschlagen.

Diese Agitation – insbesondere eine sogenannte „Sächsische Erklärung“ - veranlasst uns, Sie nochmals ausdrücklich in Ihrem Bemühen zu bestärken, Ihre Initiative zum Erfolg zu führen.

Initiator der am 11.07.2013 veröffentlichten „*Sächsischen Erklärung zur Fortsetzung der Energiewende in Sachsen, Bayern und Deutschland*“ ist der Verein zur Förderung erneuerbarer Energien e.V. aus Sachsen (VEE-Sachsen).

Der Vorsitzende dieses Vereins, Dr. Wolfgang Daniels, ist gleichzeitig der geschäftsführende Gesellschafter der Sachsenkraft GmbH. Deren primäre Geschäftstätigkeit besteht in der Planung, der Errichtung und dem Betrieb von Windindustrieanlagen; dies vorwiegend im Freistaat Sachsen.

Ziel des Vereins ist es, sämtliche Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die Investitionen in dauerhaft subventionsbedürftige Technologien zur Stromerzeugung im Wege stehen.

Aus zahlreichen Publikationen und auch aus dem persönlichen Auftreten einiger Mitglieder des Vereins geht deutlich hervor, dass man dort gewillt ist, den eigenen Partikularinteressen sämtliche gesellschaftlichen Belange zu unterwerfen.

Vor diesem Hintergrund ist die oben genannte Erklärung des VEE-Sachsen aus unserer Sicht als besonders dreister Versuch zu werten, aus finanziellem Eigeninteresse heraus den Status Quo zu erhalten und einen besseren Schutz der Bevölkerung vor Gesundheitsgefahren und vor Beeinträchtigung der Lebensqualität zu vereiteln.

Zur Wahrung der eigenen Profitmöglichkeiten bemüht sich dieser Verein, den sächsischen Bürgern international übliche Standards des Gesundheitsschutzes vorzuenthalten.

Die „sächsische Erklärung“ richtet sich damit direkt gegen die Sachsen.

Mittelbar, indem sie jegliche Schritte in Richtung eines international üblichen Schutzniveaus im Keim zu ersticken trachtet, richtet sich diese Erklärung auch gegen alle Bundesbürger.

Die Montagsdemonstranten und andere mutige und tüchtige Sachsen haben für unser Land insgesamt viel Positives bewirkt. Diese „sächsische Erklärung“ hingegen würde, sofern sie Beachtung fände, negativ auf ganz Deutschland ausstrahlen.

Wir, die Vertreter der Bundesinitiative für vernünftige Energiepolitik bitten Sie, diese Erklärung nicht als Mehrheitsmeinung der sächsischen Bevölkerung misszuverstehen. Die Sachsen tragen den eilfertigen Windkraftausbau, wie er leider noch immer von der Bundesregierung flankiert wird, schon lange nicht mehr mit.

Dies ist keine Vermutung – dies ist manifest. So haben sich zahlreiche Sachsen zu Bürgerinitiativen zusammengeschlossen und sind darüber im Landesverband Landschaftsschutz Sachsen organisiert. Der Verband ist wiederum unmittelbar in der Bundesinitiative VERNUNFTKRAFT engagiert.

Die ignorante und von Egoismus getragene Erklärung des VEE-Sachsen spottet der Realität Hohn. So behauptet Dr. Daniels in seiner Pressemitteilung beispielsweise, dass dem Verband keinerlei Ablehnung der Bevölkerung gegen die Ausbaupläne der Windindustrie in Sachsen bekannt sei. Das ist schlicht falsch, da zahlreiche Mitglieder unserer Initiative aus eigener Erfahrung wissen, dass den Vertretern des VEE und auch Herrn Dr. Daniels ganz persönlich bei vielen Gelegenheiten heftige Ablehnung durch die betroffenen Anwohner entgegengebracht wurde.

Des Weiteren enthält die anmaßend als „sächsische Erklärung“ deklarierte Drohgebärde zahlreiche Falschaussagen, die nicht unwidersprochen hingenommen werden können. Hochgradig zynisch ist die Aussage, dass die sächsische Staatsregierung durch ihre Initiative die Bedenken der Bevölkerung und von Naturschützern ignoriere.

Wir alle wissen, dass genau diese Bedenken von Naturschützern und von weiten Teilen der Bevölkerung in Sachsen und Bayern ursächlich zu Ihrer Bundesratsinitiative geführt haben.

Bundesweit sind fast 200 Bürgerinitiativen aus ganz Deutschland in der Bundesinitiative VERNUNFTKRAFT organisiert. Täglich stoßen weitere Menschen aus allen gesellschaftlichen Bereichen hinzu. Unter anderem drei Träger des Bundesverdienstkreuzes, Wissenschaftler, Ingenieure, Professoren und nicht zuletzt tausende direkt betroffene Anwohner.

Eltern, die sich um die Gesundheit Ihrer Kinder sorgen. Naturfreunde, die im industriellen Windkraftausbau eine seit Kriegsende nicht mehr erlebte Zerstörung der Natur in ganz Deutschland fürchten. Ökonomen, die vor den systembedingt ausufernden volkswirtschaftlichen Kosten dieser Subventionspolitik warnen und den desaströsen Weg in eine Sackgasse klar vor Augen haben.

Alle diese Menschen sorgen sich zu Recht und sind entschlossen, sich um all diejenigen gesellschaftlichen Entscheidungsträger zu sammeln, die mutig und festen Willens sind, diese Missstände zu überwinden.

So ist es nicht nur der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage, der bezüglich des gegenwärtigen Ausbaus von Windkraft-, Photovoltaik- und Biomassekapazitäten zu einem eindeutigen Urteil findet:

„Hier wird zu Lasten des Gemeinwohls das Motto >je mehr und je schneller desto besser< verfolgt“.

Dies Einschätzung teilen die Wirtschaftsweisen inzwischen mit abertausenden selbstdenkenden Menschen aus ganz Deutschland, deren Zahl zudem unaufhaltsam wächst.

Diese vernunftbegabten Menschen in Sachsen, Bayern und ganz Deutschland stehen an Ihrer Seite und werden Sie gegen Angriffe einer lautstarken Minderheit der Profiteure einer gemeinwohlschädigenden Subventionierung in Schutz nehmen.

Die gemeinsame Bundesratsinitiative Bayerns und Sachsens hat das Potential, eine fast 25 Jahre währende wertvernichtende Umverteilung zu beenden. Der Verfasser der „Sächsischen Erklärung“ ist einer der Väter jenes Subventionssystems (EEG), das unserer Gesellschaft keinen Mehrwert, dafür aber tiefgreifende soziale Ungerechtigkeit beschert hat.

Wir werden nicht länger zusehen, wie die Lebensqualität der Menschen, die Landschaft, die Flora und die Fauna in unserer sächsischen Heimat sowie in ganz Deutschland, finanziellen Partikularinteressen untergeordnet werden.

In der gemeinsamen Bundesratsinitiative Bayerns und Sachsens sehen wir einen äußerst wichtigen Schritt hin zu einer vernünftigen Energiepolitik. Einer Energiepolitik, die ökonomische und technologische Realitäten im Blick behält und sich am Wohl von Mensch und Natur orientiert.

Wir unterstützen Sie dabei, diesen Schritt konsequent zu gehen.

Mit freundlichen Grüßen aus Sachsen, Bayern, Berlin, Hessen, Baden-Württemberg, Brandenburg und Schleswig-Holstein,



Sven Noack



Katharina Quabius



Dr. Nikolai Ziegler



Dr.-Ing. Detlef Ahlborn



Dr. Eckhard Kuck



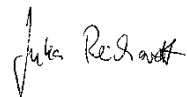
Ute Treber



Dr. Karl-Heinz Glandorf



Helga Ehresmann



Jutta Reichardt